

Parteirat am 4. Dezember 2004 in Kassel

## Entwicklung des Landeswohlfahrtsverbandes

**AntragstellerInnen:** Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus), Andreas Jürgens (KV Kassel-Stadt), Gerda Weigel-Greilich (KV Gießen), Holger Heupel (KV Frankfurt)



Landesverband Hessen

### ABSTIMMUNG

Abgegebene Stimmen:

Gültige Stimmen:

Ungültige Stimmen:

JA-Stimmen: Einstimmig

NEIN-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Parteirat hat beschlossen:

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und des Maßregelvollzugs aus der hessischen Gesundheits- und Sozialpolitik nicht wegzudenken. Wir sind jedoch auch der Auffassung, dass der LWV in seiner jetzigen Organisations- und Funktionsstruktur reformbedürftig ist, um eine moderne und nachhaltige Leistungsgewährung an Menschen, die Eingliederungshilfe erhalten, auch in Zukunft sicherzustellen. Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN geht eine moderne Sozialpolitik von den Bedürfnissen dieser Menschen aus und ist nicht abhängig von einer bestimmten Organisationsform.

Die politischen Mehrheitsverhältnisse – d. h. eine große Koalition von SPD und CDU – haben aber in den letzten Jahrzehnten eine Modernisierung des LWV hin zu einer bürgernahen Angebotsstruktur behindert. Die CDU hat nun ihrerseits die Große Koalition aufgekündigt und eine Verlängerung der Amtszeit des derzeitigen Landesdirektors über die Altersgrenze von 65 Jahren hinaus abgelehnt.

Während der grünen LWV-Fraktion seitens der CDU Gespräche über die Zukunft des LWV angeboten wurden, ist seitens der SPD bzw. des Verbandsdirektors erst vorgestern ein Gesprächsangebot erfolgt. Der amtierende Landesdirektor hat sich bereits festgelegt, dass er Veränderungen der jetzigen Struktur nicht für notwendig hält.

Wir halten die Verbreitung von Gerüchten und falschen Behauptungen seitens des Landesdirektors oder von Mitgliedern der SPD-Fraktion im LWV über die grüne LWV-Fraktion, z.B. sie wolle den Verband zerschlagen bzw. die LWV-Einrichtungen privatisieren, für unlauter und schlechten politischen Stil.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hessen machen die Frage einer Zusammenarbeit mit SPD oder CDU an den Möglichkeiten fest, wie unsere politischen Inhalte am weitgehendsten umgesetzt werden können, in deren Zentrum die Interessen der betroffenen Menschen stehen. Dazu gehört für uns eine offene und transparente Debatte über den Zuschnitt der Zuständigkeiten des LWV als überörtlichem Träger der **Sozialhilfe**. Ebenso sind wir der Auffassung, dass der **Maßregelvollzug** eine hoheitliche Aufgabe bleiben muss und sich der LWV als Träger bewährt hat.

Darüber hinaus sehen wir aber durchaus Möglichkeiten, andere bestehende Einrichtungen des LWV besser als bisher in regionale Versorgungsangebote der Bevölkerung einzubinden. Dies muss in jedem Einzelfall und mit breiter

und transparenter Beteiligung der Versorgungsgebiete, Kreise und Gemeinden geschehen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Parteirat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen

- von der LWV-Fraktion,
  - 1) sich mit dem Landesvorstand laufend über den Stand eventueller Gespräche mit anderen Fraktionen der LWV-Verbandsversammlung abzustimmen und
  - 2) vor Abschluss von eventuellen Verhandlungen das Ergebnis dem Parteirat zur Entscheidung vorzulegen;
  - 3) vor einer Entscheidung einen intensiven Dialog mit den Betroffenen und den MitarbeiterInnen des LWV sowie den jeweiligen Interessenvertretungen zu führen;
- 45 • von der LAG Soziales und der LAG Behindertenpolitik sowie der Landtagsfraktion, auch in Zukunft kontinuierlich gemeinsam mit der LWV-Fraktion über grüne Sozialpolitik und die Aufgaben des LWV zu diskutieren, wie dies bereits für Februar 2005 eingeleitet ist;
- von den Kreistags- und Stadtverordnetenfraktionen und der LWV-Fraktion eine enge Zusammenarbeit;
- 50 • vom Landesvorstand die Vorbereitung der institutionellen Einbindung der LWV-Fraktion in die Landespartei, z.B. durch einen Sitz im Parteirat.

Begründung erfolgt mündlich.